

**Sommerempfang
der LINKEN**

Donnerstag, 30.6., 16 Uhr,
Schloss Friedrichsfelde,
Straße Am Tierpark



Weichen für die Wahl gestellt

Mit der Annahme des Wahlprogramms der Lichtenberger LINKEN durch die Delegierten der Hauptversammlung hat der Bezirksverband die erste Phase seiner Vorbereitungen auf die Wahlen am 18. September erfolgreich abgeschlossen.

Das Wahlprogramm ist kurz, die Sprache ist verständlich, und die Aussagen sind konkret. Es eignet sich also gut, um mit Wählerinnen und Wählern darüber ins Gespräch zu kommen. Voraussetzung dafür ist, dass sich alle Genossen den Inhalt aneignen und die Idee des Programms offensiv vertreten.

DIE LINKE in Lichtenberg hat über Jahre maßgeblich die Entwicklung des Bezirkes mitbestimmt. Das ist Lichtenberg gut bekommen. Wir werden alles daran setzen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Wir wollen unser Programm auch an Lichtenberger Verbände und Vereine schicken und ihnen anbieten, mit unseren Kandidaten darüber zu diskutieren. In den kommenden Wochen werden wir unsere Vorschläge für Lichtenberg und natürlich auch für Berlin vor allem an Infoständen, auf

Stadtteilstunden und eigenen Informationsveranstaltungen erläutern.

Unsere Direktkandidaten für die sechs Lichtenberger Wahlkreise und unsere Mannschaft für die Bezirksverordnetenversammlung tragen hier eine besondere Verantwortung. Gemeinsam mit den vielen Wahlkämpfern unserer Basisorganisationen werden sie unserer erfolgreichen Politik für Lichtenberg Gesicht und Stimme geben.

Zu einem erfolgreichen Wahlkampf gehört natürlich auch, dass wir mit unserer Kritik an der unsozialen Politik der gegenwärtigen schwarz-gelben Koalition, aber auch der schwarz-roten oder rot-grünen Vorgängerregierungen nicht hinter dem Berg halten. Unsere grundsätzlichen Positionen zu Krieg und Frieden, zu sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten sowie zum sozialökologischen Umbau haben wir parat. Und wenn uns jemand nach dem Stand der Programmdebatte fragen sollte, so können wir auch diese Frage beantworten.

Michael Stadler, Wahlkampfleiter

Rot-rote Exportware

Von Peter-Rudolf Zotl

In Bremen ist DIE LINKE wieder in die Bürgerschaft gekommen. Zwar nicht berauschend toll, aber noch weniger wäre – siehe anderswo – auch möglich gewesen. Von ganzem Herzen also herzlichen Glückwunsch! Und großen Dank an jene, die sich nicht am Missklang der Bremer Stadtmusikanten orientierten, sondern an ihrem Zusammenwirken.

Doch was soll DIE LINKE nur tun, um wieder in die gesellschaftspolitische Offensive zu kommen? In Bremen und überall! Die Antwort ist nicht überraschend: Totalverzicht auf das sektiererische Erbe mit Isolation und Selbstzerlegung, ran an die gesellschaftlichen Großprobleme, bezahlbare und bündnisfähige Angebote.

Dass wir solche haben, beweist gerade Grün-Rot in Baden-Württemberg: Das Daimler- und Porsche-Imperium will man jetzt mit Arbeitsplätzen durch nachhaltigen Umbau, ein dichtes Kita-Netz, niedrige Gebühren, ein Schulsystem ohne strukturelle Bildungsprivilegien, mehr direkte Demokratie und Ähnliches attraktiver machen ...

Aber hallo! All das wäre zwar fürs Ländle wirklich grundlegend neu, aber erstmalig ist es nicht. Hinter all diese und weitere Posten können wir nach zehn Jahren Rot-Rot in Berlin nämlich ein „Haben wir schon erreicht!“ setzen.

Warum soll Grün-Rot im Schwabenland von Rot-Rot in Berlin abgucken und darüber fein schweigen dürfen? Revolutionen kann man nicht exportieren, aber gute Reformprojekte allemal. Müsstest du nicht genau damit viel mehr klingeln gehen? Damit, dass unsere Politik offensichtlich Exportqualität hat? Und zwar nicht nur die Vorstände und Fraktionen, sondern wir alle? Und besonders im Wahlkampf?

In dieser Ausgabe

- Einweihung des Denkmals für die „Rote Kapelle“ (Seite 2)
- Auszug aus dem Bezirkswahlprogramm der LINKEN (Seiten 3 und 4)
- Vorgestellt: Katrin Lompscher (Seite 6)
- Gesine Löttsch: Atomausstieg (Seite 7)
- Zimmertheater spielt weiter (Seite 8)



Bürger im Widerstand

So nannte der Berliner Metallbildhauer und Kunstschmied Achim Kühn sein Denkmal für die Mitstreiter der „Roten Kapelle“, einer losen Verbindung von Hitlergegnern, die sich bis 1940/41 herausbildete. Die etwa 150 zum größten Teil jungen Frauen und Männer kamen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Ihre Gegnerschaft zum menschenverachtenden nationalsozialistischen Regime brachte sie zusammen. Die Nazis ließen mehr als 50 Todesurteile an diesen Antifaschisten vollstrecken. Zu den Hingerichteten gehörte die damals 34-jährige Hilde Coppi, die wenige Monate vorher im Gefängnis ihren Sohn Hans zur Welt gebracht hatte.

Das Denkmal stellt eine rostfarbene Zellenwand mit einem kleinen vergitterten Fenster dar. Sie versinnbildlicht das Schicksal, das viele ihrer Mitglieder erleiden mussten, nachdem sie in die Hände ihrer Peiniger fielen. Vor der Wand liegt ein imaginärer Stapel von Flugblättern, die vom Wind verbreitet werden und symbolisch die regimekritischen Botschaften der Eingekerkerten verkünden. Das waren vor allem Aufklärungen zu Verbrechen und Propagandalügen der Nazis. Dazu gehörte aber auch die eindringliche Warnung und konkrete Information vor einem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, die jedoch von Stalin nicht ernst genommen wurden.

Auch dieser Denkort wurde aus dem bezirklichen Fonds Erinnerungskultur finanziert, den DIE LINKE in der BVV durchsetzte. Doch die eigentlichen Initiatoren wie Manfred Klunker kommen aus dem Wohngebiet Frankfurter



Allee Süd, wo Straßen und Schulen bereits seit den 70er Jahren die Namen von Mitgliedern der Roten Kapelle tragen, u. a. Libertas und Harro Schulze-Boysen, Mildred und Arvid Harnack, John Sieg, Wilhelm Guddorf oder Albert Hübler.

Bei der feierlichen Enthüllung des Denkmals am 24. Mai erinnerten Redner wie Dr. Hans Coppi nicht nur an die mutigen Frauen und Männer, sondern mahnten zugleich vor den nicht zu unterschätzenden heutigen Gefahren des Neonazismus und vor fremdenfeindlicher Ideologie. *Daniela Fuchs-Frotscher*

Zu Ehren der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ wurde in Anwesenheit von Bewohnern des Wohngebietes Frankfurter Allee Süd – zu denen auch die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete und Parteivorsitzende der LINKEN Gesine Löttsch gehört – das vom Berliner Künstler Achim Kühn geschaffene Denkmal „Bürger im Widerstand“ eingeweiht. An dieser Veranstaltung in der Schulze-Boysen-Straße beteiligten sich Schüler der Harnack-Schule mit Lesebeiträgen, Bürgermeisterin Christina Emmrich, Kulturstadträtin Katrin Framke sowie Hans Coppi.

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Öffentlicher Arbeitsmarkt

2008 und 2009 waren 627 Menschen als Beschäftigte des Öffentlichen Sektors in Lichtenberger Stadtteilzentren, Kieztreffs und anderen Einrichtungen tätig. Sie pflegten u. a. Nachbarschaftskontakte, betreuten die interkulturelle Arbeit oder Umwelfördermaßnahmen. Weitere 120 Stellen werden in diesem Jahr geschaffen.

Hortbetreuung ausweitbar

Alle Lichtenberger Grundschulen können die Hortbetreuung auch der 5. und 6. Klassen gewährleisten. DIE LINKE in der BVV hat erreicht, dass sich Bezirksstadträtin Beurich (SPD) jetzt dafür beim Senat einsetzt.

Forum-Fazit

Bewahren, polieren, erweitern. Dies ist das Fazit, welches Rainer Bosse aus der Diskussion „Zukunft Tierpark“ in den „Rathausnachrichten“ zieht. Seit Jahresbeginn haben die Berliner und ihre Gäste ihre Erlebnisse, Vorschläge und kritischen Anmerkungen eingebracht. Sie sollen u. a. im Masterplan 2020 des Hauptstadtzoo berücksichtigt werden.

Kooperation

Sekundarschulen und Bibliotheken sollen vertraglich abgesichert miteinander kooperieren, und so den Nutzen für die Schüler erhöhen. Das Bezirksamt wird sich jetzt beim Senat dafür besonders verwenden.

Wohnen im Lindenhof

Generationsübergreifendes Wohnen im Lindenhof – dies kann eine Option der Nachnutzung sein, wenn das Kinderkrankenhaus den Standort in diesem Jahr aufgibt. Auch an eine Schule denkt der auf Initiative der LINKEN im Mai gefasste BVV-Beschluss.

Mehr KITA-Plätze

Seit 2006 wurden ca. 500 Plätze in Lichtenberger Kindertagesstätten geschaffen – u. a. in zwischenzeitlich anders genutzten Gebäuden Am Berl, in der Sewanstraße und in der Volkradstraße. Dieses Jahr kommen weitere 400 hinzu – ab 2012 sind weitere 700 Plätze geplant.



DIE LINKE – unsere Idee von einem sozialen Lichtenberg

Auszüge aus dem Programm der LINKEN für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg am 18. September 2011

Lichtenberg entwickelt sich zu einem **attraktiven Wohn- und Arbeitsort**, in dem die Menschen gern leben. Immer mehr Menschen ziehen nach Lichtenberg, vor allem junge Familien. Das ist Ergebnis einer erfolgreichen Kommunalpolitik, die seit Jahren wesentlich die Handschrift der Partei DIE LINKE. Lichtenberg trägt.

len und Kindertagesstätten, bei der Sicherung von Angeboten für Jugendliche, bei Sozialleistungen und hinsichtlich einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung auch **über die Grenzen unseres Bezirkes hinaus sehen lassen.**

DIE LINKE. Lichtenberg wird auch in Zukunft die sozialen Belange der Lichtenberger

Nicht wenige sind in den vergangenen Jahren aus anderen Bezirken der Stadt, aus der Bundesrepublik, aus anderen Ländern Europas und anderen Teilen der Welt zugezogen. DIE LINKE. Lichtenberg steht dafür, **Entscheidungen gemeinsam mit den Menschen, die hier wohnen und arbeiten, sowie mit Vereinen und Initiativen vorzubereiten und umzusetzen.** Wir bleiben ihr Ansprechpartner vor Ort. Der Bürgerhaushalt, an dem sich bereits zehntausende Lichtenberger beteiligen, die Kiezfonds, die soziale und kulturelle Infrastruktur stehen beispielhaft hierfür.

Natürlich wissen wir, dass Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und zunehmende Armut den Alltag vieler Menschen im Bezirk belasten und bei nicht wenigen zu Politikverdrossenheit führen. Gerade diese Menschen wollen wir ermuntern, sich wieder einzumischen und mit uns nach Lösungen zu suchen.

DIE LINKE. Lichtenberg steht auch in Zukunft für ein soziales Lichtenberg. Gemeinsam mit unseren engagierten linken Kommunalpolitikern und mit Ihnen, liebe Lichtenberger Bürger, wollen wir diese Politik auch in Zukunft fortsetzen. Dafür werben wir um Ihr Vertrauen.

Ein soziales Lichtenberg, das heißt für uns:

- Lichtenberg bleibt ein attraktiver und sicherer Wohnort mit bezahlbaren Mieten.
- Wir setzen alles daran, dass die Menschen zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeit finden.
- Lichtenberg bietet eine gute soziale Infrastruktur mit wohnortnahen Kindertagesstätten und Schulen, mit Sportanlagen, Kinderspielplätzen, Parks, mit Seniorenfreizeiteinrichtungen und soziokulturellen Zentren.
- Lichtenberg steht für eine gute kulturelle Infrastruktur mit Musikschulen, Bibliotheken und einem neuen Kulturhaus Karlsruhorst.
- Lichtenberg pflegt als demokratischer und weltoffener Bezirk eine antifaschistische Gedenk- und Erinnerungskultur.

Garant für die Bürgerkommune Lichtenberg, für Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement

DIE LINKE will, dass Lichtenberg seinen Weg zur Bürgerkommune weitergeht. Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement wollen wir weiter stärken und unterstützen. Kiezbeiräte, Bürgervereine, Stadtteilforen und Runde Tische sind dabei unverzichtbar. →→→



DIE LINKE. Lichtenberg stellt seit über fünfzehn Jahren den Bezirksbürgermeister bzw. die Bezirksbürgermeisterin. Seit 2003 bekleidet Christina Emmrich erfolgreich dieses Amt. **Die kommunalpolitische Entwicklung** unter ihrer Leitung kann sich bei der Bürgerbeteiligung, beim Erhalt bezirklicher Kulturstätten sowie dem Ausbau ihrer attraktiven Angebote, bei der Sanierung von Schu-

len in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Dazu bieten wir allen demokratischen Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung die Zusammenarbeit an. Rechtsextremistischen und rassistischen Ideen und ihren Propagandisten wird auch weiterhin unser entschiedener Widerstand gelten.

In Lichtenberg engagieren sich viele Menschen seit Jahren in der Kommunalpolitik.

DIE LINKE.



DIE LINKE. Lichtenberg steht für eine **Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratisierung der Gesellschaft.** Wir wollen, dass alle Menschen in Lichtenberg Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben haben. Deshalb kämpfen wir auch mit vielen anderen dafür, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Bezirk keinen Platz haben ...

Seit mittlerweile sechs Jahren können die Lichtenberger mit dem **Bürgerhaushalt** über die Verwendung finanzieller Mittel mitentscheiden. Diese erfolgreiche und bewährte Form der unmittelbaren Einflussnahme wollen wir auch unter den komplizierter werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen beibehalten sowie qualifizieren, und das heißt für uns auch, eine stets wachsende Zahl von Bürgern für eine Teilnahme am Bürgerhaushalt zu gewinnen ...

DIE LINKE. Lichtenberg hat großen Anteil daran, dass die **Bezirksverwaltung** gut funktioniert, **unkompliziert und effizient** Dienstleistungen für die Bürger erbringt, sie berät und unterstützt.

Die Zeit des Personalabbaus muss vorbei sein. Die Bezirksverwaltung darf nicht weiter ausgedünnt werden. Sie muss in den Stadtteilen mit Bürgerämtern präsent sein ...

Für gute Arbeit in Lichtenberg

Seit über fünfzehn Jahren gestaltet **DIE LINKE** in Lichtenberg erfolgreich die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirkes. **Wir gewährleisten eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung.** Wir setzen das beschäftigungspolitische Programm um, das dem Strukturwandel Rechnung trägt ...

Auch in den nächsten Jahren wollen wir alles dafür tun, dass in Lichtenberg **existenzsichernde Arbeit in stabilen und zukunftsfähigen Unternehmen** geboten wird. Junge Menschen sollen eine moderne Berufsausbildung erhalten. Öffentliche Beschäftigung muss dem Gemeinwesen dienen.

Für gutes Lernen und gutes Leben in Lichtenberg

Wir haben in Lichtenberg **10000 Plätze in Kindertagesstätten.** Seit 2006 entstanden 500 neue Kita-Plätze. Wir brauchen in den nächsten Jahren aber noch mehr. So sollen 2011 mindestens 400 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Das wird aber nicht ausreichen ...

Eine Schule für alle – das ist Ziel linker Bildungspolitik. Wir unterstützen nachdrücklich die Einrichtung von **Gemeinschaftsschulen in Lichtenberg**, in denen Kinder vom



Schulanfang bis zum Schulabschluss gemeinsam lernen und ihre Stärken individuell entfalten können. Die Schule im Grünen als Gemeinschaftsschulprojekt „Grüner Campus Malchow“ zu entwickeln ist eine Aufgabe, an deren Realisierung wir mitwirken werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass im Süden Lichtenbergs eine Gemeinschaftsschule neu gegründet wird.

Kulturelle Bildung in Lichtenberg

Die **Vielfalt und Qualität der Kultur** in Lichtenberg mit vielen etablierten Künstlern, einer wachsenden freien Szene, kreativer Kulturwirtschaft, vielschichtigen soziokulturellen Angeboten und unermüdlichem bürgerschaftlichem Engagement prägen einen wichtigen Teil der Lebensqualität im Bezirk ...

DIE LINKE. Lichtenberg wird die herausragende musikalische Bildungsoffensive unter dem Motto „Musik für alle“ fortsetzen. Wir haben die **Schostakowitsch-Musikschule zu einer der modernsten Musikschulen der Bundesrepublik** ausgebaut ...

Für ein attraktives Wohnen in Lichtenberg

Ein soziales Lichtenberg heißt für **DIE LINKE**, dass alle Menschen im Bezirk gut und sicher wohnen können und ihnen die Leistungen der städtischen Infrastruktur umfassend zur Verfügung stehen.

Wohnungen müssen bezahlbar, Straßen in gutem Zustand und Parks sauber und attraktiv sein.

Öffentliche Angebote müssen erhalten und entwickelt werden. Die Privatisierung von öf-

Katrin Lompscher (rechts), Gesundheitssektorin und Direktkandidatin für den Wahlkreis 5, am Infostand der LINKEN.

fentlichen Leistungen gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Lichtenberg ist Mieterstadt. Die soziale Qualität unserer Wohnquartiere muss erhalten bleiben, die Verdrängung von Mietern verhindert werden ...

Altersgerechtes Wohnen, so dass die eigene Wohnung bei bezahlbarer Miete so lange wie möglich genutzt werden kann, ist ein zentrales Anliegen der Lichtenberger LINKEN. Zum altersgerechten Wohnen gehören auch die entsprechende Gestaltung der Parkanlagen, der Wege sowie die ausreichende Ausstattung mit Bänken im öffentlichen Raum.

Um den globalen Klimawandel zu stoppen, müssen vor Ort **Projekte des Klimaschutzes** durchgeführt werden. Mit dem bezirklichen Klimaschutzprogramm steht ein Ideenpool zur Verfügung, den es umzusetzen gilt ...

Die Erfahrungen bei der öffentlichen Debatte zum Kraftwerksneubau, an der Bürgerinitiativen, Unternehmen, Hochschulen und Politik beteiligt waren, die Schaffung eines Klimamanagements beim Bezirksamt und die vielfältigen Umweltschutzprojekte im Bezirk werden die Grundlage für eine Lichtenberger Klimainitiative sein.

Mit unserem Wahlprogramm wollen wir Sie von unserer Idee eines sozialen Lichtenbergs überzeugen und einladen, gemeinsam mit uns daran zu arbeiten. Deshalb bitten wir am 18. September 2011 um Ihre Stimme.
DIE LINKE. Lichtenberg

Widerspruch? – Widerpruch!

Unser Leser Gerhard Mertschenk äußerte sich kritisch zu einem Beitrag von Harald Wolf in der Mai-Ausgabe der Berlin-Info. Er fragte u. a., warum DIE LINKE zugestimmt hatte, die GWS zu privatisieren. Jetzt sei sie gegen solche Verkäufe. Unverständlich wäre ihm auch die Haltung zu den Wasserbetrieben. Obwohl „info links“ für diese Beilage redaktionell nicht verantwortlich ist, haben wir den Spitzenkandidaten der LINKEN für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, Harald Wolf, um eine Antwort gebeten. Hier sein Beitrag:

Es ist richtig: Man soll Politiker und Parteien an ihren Taten messen. Daran, ob sie Fehler selbstkritisch benennen und daraus Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Ein solcher Fehler war der Verkauf der GSW im Jahr 2003. Hintergrund des damaligen Verkaufs war ein Urteil des Landesverfassungsgerichts – erwirkt durch Grüne, CDU und FDP –, das den Landshaushalt für verfassungswidrig erklärte und die schärfste Form einer Haushaltssperre nach zog sich: Nur Ausgaben, zu denen Berlin gesetzlich verpflichtet war, waren erlaubt, alle sogenannten freiwilligen (meist sozialen) Leistungen wurden untersagt. In dieser Notlage entschieden sich Senat und Parlament zum Verkauf der GSW – was nichts daran ändert, dass dies ein Fehler war.

Welche Konsequenz haben wir daraus gezogen? Als sich die WBM 2006/2007 in einer wirtschaftlichen Schiefelage befand, wollten ihr Vorstand, der Finanzsenator und große Teile der SPD eine Privatisierung eines Großteils des Wohnungsbestands. Wir haben dies gestoppt – die notwendigen Verkäufe fanden an andere kommunale Wohnungsbaugesellschaften statt, die Wohnungen blieben kommunal. Gleichzeitig wurde in der Koalition der Beschluss gefasst, künftig keine Privatisierung von Wohnungen mehr zuzulassen.

Das Anliegen des Wasser-Volksbegehrens nach Offenlegung der Verträge wurde von der LINKEN immer geteilt; gegen den zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf bestanden jedoch verfassungsrechtliche Bedenken. Deshalb konnten wir ihn nicht unterstützen. Das Abgeordnetenhaus hat jedoch ein eigenes – weitergehendes Gesetz beschlossen: Danach sind künftig alle Verträge, mit denen Aufgaben der Daseinsvorsorge an Private übertragen werden sollen, öffentlich zu machen. Für in der Vergangenheit geschlossene Verträge wurde ein rechtssicherer Weg ihrer nachträglich

chen Veröffentlichung gefunden. Dieses Gesetz ist beispiellos in Deutschland. Auf seiner Grundlage wurden die Verträge im November 2010 – vor dem Volksentscheid – durch den Senat veröffentlicht.

Dass der Volksentscheid so erfolgreich war, zeigt, wie groß die Unterstützung für eine Rekommunalisierung ist. Dies festzustellen heißt nicht, sich mit fremden Federn zu schmücken, sondern ist eine politische Realität. An dieser Rekommunalisierung und Preissenkung arbeite ich seit langem: Im März 2010 habe ich dem Bundeskartellamt die Zuständigkeit zur Überprüfung der Wasserpreise übertragen. Volksbegehren und Kartellamtsverfahren haben gemeinsam dazu beigetragen, dass RWE heute bereit ist, seine Anteile an das Land zu verkaufen und Veolia, die Verträge neu zu verhandeln. Wo ist der Widerspruch?

PS: Einige Richtigstellungen: Ich habe nie öffentliches Geld ausgegeben, um eine Offenlegungsklage gegen die BWB abzuschmettern. Die Haltung der LINKEN zum Volksbegehren wurde mehrfach von Landesparteitagen beschlossen und nicht individuell von mir festgelegt und der erwähnte Kredit der IBB an die GSW war eine ganz normale Umfinanzierung, die mit oder ohne Börsengang hätte stattfinden müssen.

Harald Wolf

Glückwunsch zum 100. Geburtstag



Christina Emmrich gratulierte am 19. Mai unserem Genossen Karl Tschackert zu seinem 100. Geburtstag. Die Glückwünsche des Bezirksvorstandes der LINKEN überbrachte Wolfgang Schmidt. Karl Tschackert ist jetzt unser ältestes Mitglied in Lichtenberg.

Veranstaltungen

- **Wochenende, 10.–12.6.**
Deutsch-Russische Festtage; Trabrennbahn Karlshorst, Treskowallee
- **Dienstag, 14.6., 18 Uhr**
Wählerforum mit Marion Platta (MdB) und Sebastian Schlüsselburg; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Donnerstag, 16.6., 18.30 Uhr**
„Alles gekauft! Hat Maschmeyer Schröder zum Kanzler gemacht?“, Diskussion mit Dr. Gesine Löttsch (MdB) und Christoph Lütgert (NDR „Panorama“); „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Sonabend, 18.6., 10 Uhr**
8. Run for Help; Stadion Friedrichsfelde, Zacherstraße 50
- **Sonntag, 19.6., 10 Uhr ***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Die Humboldt-Universität zwischen Neuanfang und Abwicklung“, mit Prof. Heinrich Fink
- **Montag, 20.6., 10 Uhr**
Ver.di-Vertrauensleutekonferenz, u. a. mit Christina Emmrich; Ver.di-Bundesverwaltung, Paul-Thiede-Ufer 10
- **Montag, 20.6., 18 Uhr**
„Gesundheit darf keine Ware sein!“, Veranstaltung zur fachärztlichen Versorgung in Lichtenberg, mit Senatorin Katrin Lompscher; „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 28
- **Montag, 20.6., 18 Uhr**
„Ihr könnt ja nichts dafür! Ein Ostdeutscher verzeiht den Wessis“, Lesung und Gespräch mit Dr. Gesine Löttsch (MdB) und Peter Ensikat; Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 21.6., 19 Uhr ***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Donnerstag, 23.6., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Freitag, 24.6., 11 Uhr**
Namensgebung „Margarete Steffin“ an VHS Lichtenberg, mit Christina Emmrich und Katrin Framke; Paul-Junius-Straße 71
- **Mittwoch, 29.6., 18–20 Uhr**
Bürgerversammlung Neu-Hohenschönhausen Süd zum Bürgerhaushalt, Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 b
- **Donnerstag, 30.6., 16 Uhr**
Sommerempfang des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN; Schloss Friedrichsfelde, Straße Am Tierpark

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Im Interview: Katrin Lompscher

Die Senatorin verantwortet die Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik in Berlin. Mit ihr sprach Peter-Rudolf Zotl.

● **Heute ist der 24. Mai. Du kommst direkt von der Senatsitzung. Was konntest Du heute durch den Senat bringen?**

Wir werden auf meinen Vorschlag hin eine Bundesratsinitiative starten, damit die Probleme des Gesundheitswesens und besonders der Krankenversicherungen nicht mehr auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen werden dürfen.

● **Zu Deinen Aufgaben gehören Politikfelder, die – wie aktuell der Schutz vor der EHEC-Infektion – für die Bevölkerung von hoher persönlicher Brisanz sind. Eine besondere Rolle spielt zum Beispiel auch das Thema Ärzteversorgung.**

Die Berliner Ärzteversorgung ist insgesamt gut, aber es gibt große Unterschiede zwischen den Bezirken. Seitdem Berlin per Bundesgesetz als ein Planungsbezirk festgelegt worden ist, können sich Ärzte überall niederlassen oder ihre Praxis an lukrativere Standorte verlagern. Vor allem in Neukölln, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, wo es weniger Privatversicherte gibt, haben wir dadurch große Probleme, werden neue Patienten abgewiesen, sind lange Wartezeiten und lange Wege die Regel.

Woanders hat das System jedoch zu Verbesserungen geführt. Seit langem setze ich mich bei der Kassenärztlichen Vereinigung dafür ein, dass sie ihre eigenen Möglichkeiten für einen regionalen Ausgleich nutzt, was im Einzelfall – aber eben nicht generell – auch schon gelungen ist. Um aber das systemische Problem zu lösen, brauchen wir rechtliche Änderungen auf Bundesebene, vor allem ein neues Versorgungsgesetz, und genau darum kämpfe ich.

● **Stichwort Klimaschutz. Es gibt eine gute Bilanz der Umweltzone, das von Vattenfall geplante Braunkohlekraftwerk wurde verhindert, kein Verwaltungsgebäude bezieht mehr Atomstrom, aber trotz dreier Anläufe fehlt noch das Klimaschutzgesetz ...**

Es stimmt, insgesamt haben wir eine sehr gute Bilanz, auch bei Umweltförderprojekten und bei der energetischen Sanierung öffentlicher Einrichtungen. Doch ambitionierter Klimaschutz in einer Großstadt verlangt überall eine deutliche Senkung des fossilen Energieverbrauchs in Gebäuden, mehr erneuerbare



Energien und eine wirksame energetische Sanierung aller Wohngebäude. Wenn man wie wir – anders als die Grünen, die das Soziale aus dem Ökologischen oft ausblenden – einen ökologischen und zugleich sozialen Umbau anstrebt, dann dürfen die zum Teil erheblichen Mehrkosten nicht allein bei der Mieterseite abgeladen werden. Das sehen die Eigentümer und die Wirtschaft anders. Obwohl wir einen intensiven Diskurs mit Experten, Verbänden und Initiativen, mit Mietern und Vermietern geführt hatten und obwohl unsere Vorschläge gleichermaßen umweltfreundlich und sozial ausgewogen waren, blieben unterschiedliche Positionen. Vor allem die unsozialen Beschlüsse der Bundesregierung zu ihrem Energiekonzept im letzten Herbst haben dann unsere Koalition veranlasst, das Vorhaben erst einmal auszusetzen.

● **Und wie soll es weiter gehen mit Smiley und Negativlisten für Gaststätten?**

Wir haben uns als erste dafür engagiert, dass die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen veröffentlicht werden und ein bundesweit einheitliches System der Transparenz geschaffen wird, das auch rechtssicher ist. Mit unseren Berliner Modellprojekten konnten wir dann Bund und Länder überzeugen, so dass das jetzt überall eingeführt wird. Darüber bin ich sehr froh.

● **Du kandidierst erstmals für das Abgeordnetenhaus und bist aussichtsreich platziert. Heißt das, dass DIE LINKE eine Fortsetzung von Rot-Rot schon aufgegeben hat?**

Nein – es liegt in der Natur meines Amtes als Senatsmitglied, dass ich mehr als manche anderen in der Öffentlichkeit bekannt bin –

Katrin Lompscher (hier bei der BUND-Jugend) kandidiert für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 5 sowie auf Platz 3 der Landesliste.

sowohl als Person als auch über fachpolitische Schwerpunkte. Daraus zogen unsere Wahlstrategen – wie woanders auch in solchem Fall – Konsequenzen für unser Kandidatentableau. Weil eben das Kreuz eher gemacht wird, wenn man den Namen schon kennt. Deshalb kandidiere ich für das Abgeordnetenhaus an hervorgehobener Stelle. Übrigens in einem Lichtenberger Wahlkreis, den ich aus meiner Zeit als Baustadträtin in diesem Bezirk sehr gut kenne. Sollte ich aber nach der Wahl wieder Senatorin werden, lege ich selbstverständlich ein eventuelles Mandat nieder, denn in unserer Partei gilt als Grundsatz: Ein Regierungsmitglied soll sich nicht als Parlamentsmitglied selbst kontrollieren.

● **Hieße ein solcher Fall, dass die Menschen im Wahlkreis 5 dann keine gewählte linke Wahlkreisabgeordnete hätten?**

Erst einmal: Ich bin und bleibe dem Bezirk Lichtenberg eng verbunden. Wenn ich mein Senatorenamt weiterführe, kann ich nicht gleichzeitig Wahlkreisabgeordnete sein. Das Mandat aber bliebe bei der LINKEN und würde über die Liste neu besetzt. Natürlich würde ich mich dafür einsetzen, dass sich ein Nachrücker für den Wahlkreis engagiert. Auch als Senatorin stehe ich aktuell und künftig den Basisorganisationen, Vereinen und Einrichtungen zur Seite und setze mich mit meinen Möglichkeiten besonders für den Bezirk ein. Das gilt im Übrigen auch für Carola Bluhm und Harald Wolf.

Atomausstieg

Von Gesine Löttsch, MdB

Im Konzept der Bundesregierung für den Atomausstieg kommen die Bürger gar nicht vor! Das steigert die Befürchtung, dass die Bürger dafür zahlen sollen. Allein! Wie bei der Finanzkrise, wo man auch die Verursacher der Krise von den Folgekosten verschonte.

Wer zahlt die Spesen?

Kein Wort, wer die Kosten des Atomausstiegs zahlen soll. Wer zahlt für den Rückbau der Atomkraftwerke? Wer zahlt für die Lagerung des Atommülls? Kein Wort über den Schutz der Verbraucher vor überhöhten Strompreisen. Und keine Selbstverpflichtung zur Wiedereinführung der Genehmigungspflicht für Strom- und Gaspreiserhöhungen, denn diese und weitere Kontrollinstrumente wurden im Rahmen der Marktliberalisierung abgeschafft.

Im Gegensatz zu diesen unbeantworteten Fragen hat die Bundesregierung in ihr Konzept sehr wohl geschrieben, wer alles geschont werden soll: die Atomkonzerne und die energieintensive Industrie. Für die Stromkonzerne wird die Brennelementesteuer gesenkt, und die energieintensive Industrie soll weiter subventionierten Strom beziehen dürfen. Es sind dafür 500 Mio. Euro vorgesehen, und wenn das nicht reicht, soll weiteres Geld aus dem Bundeshaushalt fließen.

Vor dem Ausstieg noch mal richtig Knete

Die Bundesregierung hat es auch nicht sonderlich eilig mit dem Atomausstieg. Die Atomkonzerne können noch bis 2022 jedes Jahr unglaubliche Gewinne einfahren. Sie lassen sich so den Ausstieg von der Bundesregierung vergolden. Die Gewinne von e.on, RWE, EnBW und Vattenfall sind in den Jahren von 2000 bis 2007 von 8 auf 20 Mrd. Euro gestiegen – also um das Zweieinhalbfache!

Die Bundesregierung hält es für zumutbar, dass auch in den nächsten zehn Jahren die Bürger keinen optimalen Schutz haben, nur um für wenige Konzerne (und Großspender) für ein weiteres Jahrzehnt Traumrenditen zu garantieren. Denn das ist der Grund für die langen Laufzeiten.

Monetik vor Ethik

Die stabile Energieversorgung ist nicht das Problem. Nach Angaben der Bundesregierung werden jedes Jahr 90 Gigawatt (GW) Strom in Deutschland produziert. Der maximale deutsche Eigenbedarf beträgt aber nur 80 GW.

Atomkraftwerke produzieren insgesamt 20 GW. Durch das Abschalten der AKW müsste also eine Lücke von 10 GW geschlossen werden. Diese Lücke ist durch jene Kraftwerke zu schließen, die bis 2013 fertiggestellt werden. Also warum bis 2022 mit der Abschaltung der Atommeiler warten? Aus ethischen Gründen? Nein, in diesem Land geht Monetik vor Ethik. Wir sind der Auffassung, dass die Stromversorgung und die Stromnetze in die Hände der Allgemeinheit gehören und die Versorgung noch viel mehr über dezentrale Stadtwerke gesichert werden kann.

Am Parlament und Bundesrat vorbei

Wegen unserer klaren Position hat die Kanzlerin uns nicht zu den Atomausstiegsgesprächen eingeladen. Sie hat sich entschieden: Die Sicherheit der Gewinne steht bei ihr noch immer über der Sicherheit der Bürger. Bei solchen schmutzigen Deals machen wir nicht mit. Ebenso besorgniserregend ist, dass solche Deals an Bundestag und Bundesrat vorbei geschlossen werden.

Wie bei der Bankenrettung werden außerhalb des Parlaments Milliarden-Pakete geschürt, die dann in Windeseile – wegen angeblichen Zeitdrucks – durch den Bundestag geschleust werden. Doch warum muss das Parlament ganz schnell einen Beschluss fassen, wo doch die Laufzeit der Atomkraftwerke noch ganze zehn Jahre dauern soll?

Demokratie braucht ihre Zeit, wer ihr diese Zeit nicht gibt, handelt undemokratisch. Am letzten Mai-Wochenende haben wieder Zehntausende Menschen gegen die Atomlobby-Politik der Bundesregierung demonstriert. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Alleingänge der Bundesregierung und der Atomkonzerne stoppen können.

Unsere Sprechstunden

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunden:** 14. Juni und 12. Juli, jeweils 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte unter Telefon 9927 0725 anmelden!)

Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind erreichbar:

- **Evrin Baba-Sommer:**
☎ 0172-39 25 870, im Juni und Juli Termine nach Vereinbarung
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 16. Juni, 17 Uhr, LibeZem, Rhinstr. 9
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 6. Juli und 3. August, 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:**
☎ 0151-1560 2356, im Juni und Juli Termine nach Vereinbarung.

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Auf dem Fest der Linken (27. – 29. Mai) in der Kulturbrauerei: In der Talkrunde zum Thema „Europa in der Krise“ diskutierten die beiden Parteivorsitzenden der LINKEN, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, der ehemalige Vorsitzende der Fraktion NGL/GUE im EU-Parlament Francis Wurtz (3. v. l.), Vertreter der griechischen Linkspartei Synaspismos und Thomas Händel (MdEP). Moderiert wurde die Runde von Uwe Sattler (ND) und Birgit Daiber (RLS).



Foto: Jörg Rückmann



Wo ist das „ZK“ geblieben?

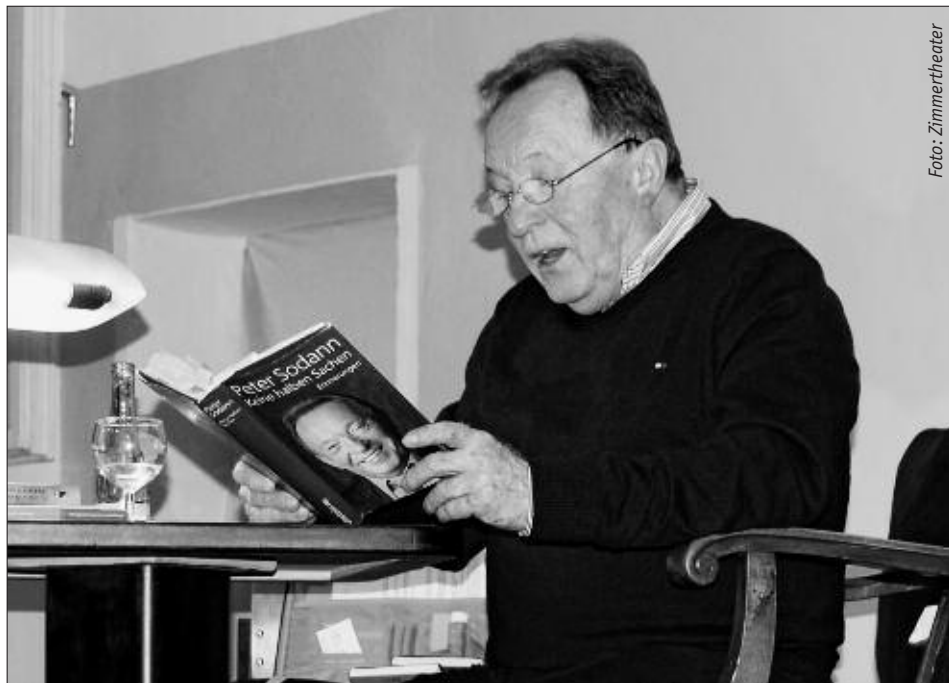


Foto: Zimmertheater

Das Zimmertheater Karlshorst, Vereinsname „Theater im 12. Stock e.V.“, war eine feste Größe im Kulturleben von Karlshorst. An seine Spielstätte im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, erinnert nur noch eine Baustelle. Aber es lebt weiter als Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43, 2. Etage, wo die Mitglieder mit beispielloser Einsatzbereitschaft und tatkräftiger Unterstützung einiger Mitarbeiter des Hauses einen ehemaligen Experimentierraum in ein Theater umgewandelt haben. Stammgäste des „ZK“ werden die Innenausstattung wiedererkennen.

Das Programm umfasst das klassische Kabarett (Tucholsky, Kästner, Hollaender), aktuelle Politsatire, literarische Lesungen, Berlinerisches Flair ... Wir sind bemüht, das Genre ständig zu erweitern, auch durch Auftritte von Gästen. So las Peter Sodann (Foto) im Februar dieses Jahres aus seinem Buch „Keine

halben Sachen“ und beantwortete anschließend Fragen der Zuhörer.

Im Mai präsentierte nach längerer Bühnenabstinenz als Solokabarettist Olaf Michael Ostertag sein bissiges Programm „Geradezu pervers normal“. Im Juni werden Schüler des Herder-Gymnasiums die Bühne des „ZK“ für die Präsentation ihrer Produktionen aus dem Fach „Darstellendes Spiel“ nutzen.

Wir Mitglieder des „ZK“ hoffen, dass auch die Bewohner rund um den neuen Standort unsere Angebote entdecken. Von ihnen möchten wir nach einer Vorstellung bei einem Glas Wein weitere Anregungen erfahren. Warum nicht mal eine Familienfeier mit einem „ZK“-Besuch verbinden? Informationen und Termine unter www.zimmertheater-karlshorst.de und durch ausgelegte Spielpläne in Begegnungsstätten, Bibliotheken, Buchhandlungen oder Hochhäusern.

Ute Knorr

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 5/11: 30.5.2011

Die nächste Ausgabe erscheint am 11.8.2011

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 1.8.2011

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 10.6., 15 – 18 Uhr**
„5 Jahre Monimbó-Platz“, Feier und Fotodokumentation zum Erhalt des Giebelwandgemäldes; Lichtenberger Brücke
- **Programm des Zimmertheaters in der KULTschule, Sewanstraße 43**
 - **Freitag, 17.6., Sonnabend, 18.6., 20 Uhr**, „Wenn ich mir was wünschen dürfte ...“ (Friedrich-Hollaender-Programm)
 - **Freitag, 24.6., 20 Uhr**, „Von Links nach Quer gelacht“ (Wenn die Satire über die Ironie spottet)
 - **Freitag, 1.7., 20 Uhr, Sonnabend, 2.7., 18 Uhr**, „Icke, dette, kieke mal ...“ (Berliner Herz und Schnauze)
 - **Mittwoch, 6.7., 18 Uhr, Donnerstag, 7.7., 20 Uhr**, „Helfritschs Sammelsurium“ (Coole Texte im heißen Sommer)
 - **Dienstag, 26.7., 18 Uhr, Mittwoch, 27.7., 20 Uhr**, „Alles Wende ohne Ende“ (Politisch-satirisches Kabarett)
 - **Dienstag, 2.8., 18 Uhr, Mittwoch, 3.8., 20 Uhr**, „Aus Helfritschs Haus- und Hofpostille“ (Lesung)
- **Donnerstag, 16.6., 19 Uhr**
Eröffnung einer Sonderausstellung: „Juni 1941 – der tiefe Schnitt“; Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Straße 4
- **Sonnabend, 18.6., 18 Uhr**
Sommerball im Tierpark – italienischer Abend mit Tanz, Buffet und großer Tombola; Tickets: 29,65 €
- **Mittwoch, 29.6., 19 Uhr**
Vernissage: Jürgen Pansow (1939 – 2010), Malerei und Skulpturen, geöffnet bis 17.8.; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Sonnabend, 2.7., 15 Uhr bis 1 Uhr**
Lange Nacht der Bilder in Lichtenberg, Werke von und mit Simone Kehl und Amiran Kuprava; Museum Kesselhaus (KEH-Gelände, Haus 29), Herzbergstr. 79
- **Sonnabend, 2.7., 18 Uhr**
„Wohnkultur“ – Eröffnung Lange Nacht der Bilder im Museum Lichtenberg, geöffnet bis 24.7.; Türnschmidtstraße 24
- **Mittwoch, 27.7., 9.30 – 12 Uhr**
„102 Tiere, die es nicht gibt, an 102 Orten, von denen wir träumen“ – die Lichtenberger Kinderbibliotheken unterwegs, (Infos: www.tiere-die-es-nicht-gibt.de); Tierpark Berlin
- **Sonnabend, 30.7., 14.30 – 17.30 Uhr**
Workshop Aktzeichnen/Naturstudium (ab 13 Jahre), Anmeldung in der Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4 (Telefon: 924 88 73)